A4 Nürnberg – weltoffen und vielfältig

Gremium: Programmredaktion
Beschlussdatum: 02.10.2019

Antragstext

Menschenrechte statt Rassismus und Diskriminierung

Die Stadt Nürnberg hat mit dem Menschenrechtsbüro, der Antidiskriminierungsbeauftragten, dem internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis, dem Dokumentationszentrum ehemaliges Reichsparteitagsgelände, dem Memoriam Nürnberger Prozesse sowie einer vielfältigen interkulturellen Arbeit gezeigt, dass eine zukunftsorientierte Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus möglich ist. Die Stadt Nürnberg ist die aktivste Förderin der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion.

Es gibt jedoch auch bedenkliche Entwicklungen. Rechtsextremismus und Nationalismus sind in den letzten Jahren erstarkt und machen auch vor Nürnberg nicht halt. Jedes Jahr finden in Nürnberg eine Vielzahl von rechten Demonstrationen statt, die nur durch die unermüdlichen Proteste von demokratischen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen in ihre Schranken gewiesen werden. Auch darf nicht vergessen werden, dass drei von zehn Opfern des NSU-Terrors Nürnberger Bürger waren und davon auszugehen ist, dass immer noch Helfershelfer*innen des NSU-Trios unter uns leben.

Wir lehnen jede Kooperation mit Organisationen ab, die nationalistische, rassistische und menschenverachtende Gedanken verbreiten und bekennen uns klar zum Antifaschismus. Wir werden alles tun, um die weitere Ausbreitung dieses Gedankengutes zu verhindern und setzen uns dafür ein, dass eine Vergabe städtischer Räumlichkeiten an entsprechende Parteien und Organisationen verhindert wird. Dies gilt auch für rechtsextreme Burschenschaften.

Die regelmäßige und würdige Pflege der Opferdenkmäler ist kommunale Aufgabe, der mehr nachgegangen werden muss. Die Restauration und Wiederbelebung der Denkmäler auf dem Plärrer und dem Platz der Opfer des Faschismus müssen angegangen werden.

Eine offene Stadtgesellschaft, in der sich alle Bürger*innen mit Respekt und Toleranz begegnen, ist weiterhin unser Ziel. Wir wollen, dass Nürnberg weiterhin – u.a. mit dem Menschenrechtspreis – international für Menschenrechte eintritt, aber auch durch die eigene Praxis beweist, dass sie den Titel Stadt der Menschenrechte zu Recht führt.

Wir Grüne:

- Unterstützen weiterhin alle Initiativen und Einrichtungen, die für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung jeder Art kämpfen
- Fördern alle Bemühungen, – v.a. in städtischen Kitas und Schulen, aber auch in Vereinen und Verbänden – Kinder und Jugendliche gegen Extremismus zu stärken
- Arbeiten weiter in der Allianz gegen Rechtsextremismus und im Bündnis Nazistopp mit
- Setzen uns dafür ein, die zivilgesellschaftlichen Initiativen in diesem Bereich besser zu vernetzen und zu unterstützen
- Wollen das Format „Nürnberg hält zusammen“ aktiv gestalten
- Setzen uns dafür ein, dass die Aufarbeitung des NSU-Terrors und die Aufdeckung der Verflechtungen mit der rechten Szene in Nürnberg und Mittelfranken durch den Freistaat Bayern endlich weitergeführt wird

Chancen der Zuwanderung nutzen

Wir Grüne erkennen alle Menschen in der Stadt Nürnberg als gleichberechtigte Bürger*innen an, auch wenn aus juristischer Sicht nicht alle gleichgestellt sind. Wir stehen zu unserer multikulturellen und vielfältigen Stadtgesellschaft. Die kontinuierliche Zuwanderung aus dem In- und Ausland nach Nürnberg ist eine Realität, die anerkannt werden sollte, und ist zugleich eine Notwendigkeit, um die demographisch bedingte Überalterung der Stadtgesellschaft und der Erwerbsbevölkerung zu verringern. Als große Arbeitgeberin ist die Stadtverwaltung selbst auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen und muss sich daher in angemessener Weise darauf einstellen und die Chancen nutzen, die sich ihr mit der Zuwanderung bieten. Dazu gehört auch die Anstellung von Geflüchteten. Auch können viele Migrant*innen mit ihren (Sprach-)Kenntnissen und Erfahrungen wertvolle Beiträge zum Dienstleistungsangebot der Stadt leisten. Für die örtliche Wirtschaft bietet die Zuwanderung junger Migrant*innen die Chance, den Mangel an Auszubildenden auszugleichen und zusätzliche Fachkräfte ausbilden zu können. Allerdings ist die Einwanderung für die Stadt Nürnberg auch eine Herausforderung, denn die Neubürger*innen müssen in die städtische Gesellschaft und Wirtschaft integriert werden. Dies muss bei der Wohnungsversorgung und bei den Bildungsangeboten berücksichtigt werden.

Wir Grüne wollen:

- Die Förderung des sozialen Miteinanders, eine Unterstützung der Selbsthilfe und Selbstorganisation der Zugewanderten sowie eine stärkere

Förderung der Sozial-, Jugend-, Kultur- und Beratungseinrichtungen, die sich in diesem Feld engagieren

- Beteiligungsmöglichkeiten und alternative Bürgerbeteiligungsformate für alle Nürnberger*innen
- Für alle zugezogenen Kinder die Möglichkeit, auch unterjährig in die Betreuungseinrichtungen aufgenommen zu werden
- Sprachförderungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen sowie Erwachsene, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und die nicht anderweitig bereits Sprachförderung erhalten
- Die Einstellung von mehr Personal mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Einrichtungen und die interkulturelle Sensibilisierung des Personals
- Die Abschaffung des „Dreiklassenwahlrechts“
- Eine ausreichende personelle Ausstattung der besonders frequentierten Sozial- und Ausländerbehörden

Geflüchtete aufnehmen und integrieren

Grundsätzlich haben alle Menschen das selbstverständliche Recht, zu leben, wo sie es wollen. Dies ist unter den derzeit weltweit gegebenen Umständen nicht umzusetzen. Als Stadt des Friedens und der Menschenrechte hat Nürnberg aber eine besondere Verantwortung dafür, Opfer von Menschenrechtsverletzungen, von politischer Verfolgung und von Kriegen und Bürgerkriegen aufzunehmen. Dazu gehört die aktive Beteiligung an humanitären Aufnahmeaktionen der Bundesregierung, wie z.B. die Aufnahme von „Resettlementflüchtlingen“ oder von auf hoher See geretteten Geflüchteten. Die Kommunen haben bei der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen vor allem Integrationsaufgaben. Die Integrationsmaßnahmen sollten dabei möglichst frühzeitig beginnen. Dazu gehört auch ein früher Zugang zu den sozialen Regelsystemen.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass:

- Jede geflüchtete Person eine Arbeit aufnehmen kann
- Die notwendige Infrastruktur in den Kindertagesstätten, in den Schulen und Beratungseinrichtungen zur Verfügung gestellt wird
- Eine besondere Aufmerksamkeit dem Schutz von Minderjährigen, alleinstehenden Müttern und Frauen sowie chronisch kranken und traumatisierten Geflüchteten gilt
- Geflüchtete vorrangig in kleinen, dezentralen Einheiten untergebracht werden
- Die geschützte Unterbringung von Queer-Geflüchteten weiterhin kommunal unterstützt und, wenn nötig, ausgeweitet wird

Bei ausländerrechtlichen Maßnahmen darf es nicht zu einer Verletzung von Menschenrechten kommen. Das Kindeswohl muss auch bei diesen Maßnahmen unbedingt beachtet werden.

Wir fordern von der Stadtverwaltung:

- Bei Geflüchteten die Ermessensspielräume zu deren Gunsten auszunutzen
- Transparenz bei den Verwaltungsverfahren
- Das Aufzeigen von Perspektiven zur Zukunftsgestaltung

Wir wenden uns gegen Abschiebungen vom Nürnberger Flughafen.

Nürnberg in Europa und der Welt

Die Stadt Nürnberg war bereits im 15. und 16. Jahrhundert ein Knotenpunkt wichtiger Verkehrsstraßen, was ihren Bürger*innen zu Wohlstand verhalf. Seit der Osterweiterung der Europäischen Union liegt unsere Stadt wieder im Herzen Europas. Diese geographisch vorteilhafte Gegebenheit bietet erhebliche Chancen für die Metropolregion Nürnberg in einem vernetzten Europa des 21. Jahrhunderts. Damit ist nicht nur die Stärkung des Wirtschaftsstandorts durch den Ausbau des Schienengüterverkehrs und der Binnenwasserstraßen gemeint, sondern auch die Entfaltung Nürnbergs als Knotenpunkt im Personenverkehr, sei es durch lückenlose, grenzüberschreitende Bahnstrecken oder durch die Pflege und Vermarktung der Europarad- und Wanderwege. Dazu passt auch die Bewerbung der Stadt als Kulturhauptstadt 2025.

Nürnbergs Städtepartnerschaften ermöglichen es, z.B. durch die Bürgerreisen, die Kultur anderer Länder besser kennen zu lernen und die Verständigung der EU-Bürger*innen untereinander zu stärken. Wir setzen uns für einen Ausbau der Städtepartnerschaften ein und legen insbesondere Wert darauf, dass auch Benachteiligte in den Genuss der Bürgerreisen kommen. Wir nutzen die Städtepartnerschaften aber auch, um uns konsequent für eine Stärkung der Menschenrechte einzusetzen.

Viele Städte sind erfindungsreicher und mutiger in der Umsetzung von Klima-Zielen als die jeweilige nationale Ebene. Wir nutzen die Städtenetzwerke, wie „Eurocities“ und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas, um gute Praxiserfahrungen auszutauschen und die Stadt der Zukunft zu gestalten.

Wir setzen uns für eine konsequente Anwendung des EU-Rechts ein. Wie in vielen anderen deutschen Städten, werden auch in Nürnberg seit vielen Jahren die vom europäischen Gesetzgeber festgelegten Grenzwerte z.B. für Stickoxide überschritten. Da die deutsche Politik diesen Umstand viel zu oft ignorierte, drohen nun auch in Nürnberg durch Gerichte verhängte Fahrverbote für Diesel-PKW. Neben einer grundlegend anderen Verkehrspolitik setzen wir uns ebenso für eine korrekte Beachtung der Stickoxid-Grenzwerte ein. Seit Jahren droht die Europäische Kommission, Deutschland zu verklagen, weil es versäumt hat, strengere Maßnahmen gegen die Gewässerverunreinigung durch Nitrat zu ergreifen (Richtlinie 91/676/EWG des Rates). Wir setzen diese Richtlinie in Nürnberg soweit wie möglich um. Wasser ist keine Handelsware, sondern ein öffentliches

Gut. Daher setzen wir uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass Wasserdienstleistungen aus dem europäischen Vergaberecht ausgenommen bleiben.

Nürnberg als BioMetropole soll bei der Umsetzung des EU-Rechts stets regionale Wertschöpfungsketten berücksichtigen. Die Umsetzung der Hygieneverordnung trifft kleine lebensmittelverarbeitende Betriebe hart. Um die Produktion von regionalen und fairen Produkten in Bio-Qualität u.a. aus der solidarischen Landwirtschaft weiterhin zu sichern, berät die Stadt die Landwirte, erarbeitet ggf. Ausnahmeregeln für die kleinen Schlacht- und lebensmittelverarbeitenden Betriebe und fördert den Aufbau gemeinsamer Infrastrukturen.

Wir möchten die Stadt Nürnberg noch weltoffener gestalten und sie zu einer europäischen Großstadt weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass Auszubildende, Schüler*innen beruflicher Schulen, Lehrkräfte und Ausbilder*innen ihre fachlichen, sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen in anderen EU-Ländern erweitern. Im Rahmen einer Koordinierungsstelle für Jugendaustauschprogramme soll die Stadt Nürnberg Schulen, Eltern, Schüler*innen und junge Erwachsene ermutigen, an Schüler- und Austauschprogrammen wie „Erasmus+“ teilzunehmen. Wir wollen den persönlichen Austausch zwischen den schon länger in unserer Stadt Lebenden und neu Zugezogenen fördern, z.B. durch die Einrichtung von Tandem-Börsen oder durch Programme, wie „mi Casa es tu casa“ von der TH Ohm, wo ausländische Studierende einen „Buddy“ an die Seite gestellt bekommen.

Wir unterstützen die EU-Kommission dabei, die Rolle der EU den Bürger*innen näher zu bringen und fordern eine transparente Darstellung, inwiefern EU-Fördergelder städtische Projekte (mit-)finanzieren. Diese Aufgaben werden aktuell vom Europabüro wahrgenommen, das allerdings nur wenige Bürger*innen der Stadt erreicht. Das Europabüro sollte mehr auf die Bürger*innen zugehen.

Auf dem Weg zu einer europäischen Stadt möchten wir den 9. Mai als Europatag stärker in das Bewusstsein der Stadtgesellschaft rücken, indem wir ein jährliches Straßenfest organisieren und somit einen Tag schaffen, an dem wir Europa gemeinsam feiern.

Stärkung von Neubürger*innen

Wir stärken die Integration aller neuen Mitbürger*innen in Nürnberg, indem die Stadt ihnen eine Art „Willkommenspaket“ übergibt. Dieses soll Informationen zum Engagement in der Stadtgesellschaft, wie z.B. zu Treffpunkten der Bürgervereine, zur Nachbarschaftshilfe, zu nahegelegenen Kindertagesstätten, zu Sportvereinen, zur kulturellen Teilhabe und zu nachhaltigem Leben, wie z.B. zur Mülltrennung, zur solidarischen Landwirtschaft etc., enthalten. Eine zentrale Anlaufstelle für alle neuen Nürnberger*innen soll zudem Angebote zur sprachlichen und geschichtlichen Weiterbildung bekanntmachen.

Neubürger*innen sollen außerdem mehrsprachige Informationen zur politischen Teilhabe erhalten. Wir stehen für eine Vertretung von Menschen anderer Herkunft im Stadtrat ein. EU-Bürger*innen ermutigen wir, auch ihr passives kommunales Wahlrecht wahrzunehmen und sich in der Stadtgesellschaft politisch zu engagieren. Wir unterstützen außerdem die AGABY-Kampagne „Hier lebe ich - hier wähle ich!“, die die politische Gleichstellung aller Bürger*innen, also auch von

Drittstaatsangehörigen, auf kommunaler Ebene anstrebt und das kommunale Wahlrecht für alle fordert.

Zugewanderte, die die deutsche Sprache noch nicht sprechen und keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben, bekommen zielgerichtete kostenfreie Kurse angeboten, deren Qualität von einer geeigneten Stelle kontrolliert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Events (z.B. Lesungen, Filmtage, Festivals) in mehreren EU-Sprachen stattfinden und dass Infos der Stadtverwaltung mehrsprachig angeboten werden.

Schlüsselprojekt sicherer Aufenthalt:

Für die Stadt der Menschenrechte stellen Abschiebungen ein grundsätzliches Problem dar. Dies ist auf kommunale Ebene nur bedingt zu lösen. Dennoch wollen wir uns damit nicht zufrieden geben und Möglichkeiten und Ermessensspielräume ausloten, um zu einer humaneren Politik zu kommen. Dazu gehört auch, dass die Stadt sich dafür einsetzt, Abschiebeflüge vom Nürnberger Flughafen zu verhindern. Besonders setzen wir uns dafür ein, dass die 3 plus 2 Regelung für Auszubildende auch in Nürnberg praktiziert wird.